

Anmerkungen zum lokalen Armutsbericht des Bündnis UmFAIRteilen

Der vom Bündnis umFAIRteilen vorgelegte Bericht zur Armut in Marburg-Biedenkopf ist ein eindrucksvolles Dokument. Es macht deutlich, dass öffentliche wie private Armut kein Problem abstrakter Statistiken, sondern konkreter Menschen ist. Armut macht das Leben schwerer, nimmt Chancen und Gelegenheiten und macht krank. Die Forderung nach einer gerechteren Lastenverteilung, an der sich auch die besonders Privilegierten stärker beteiligen, ist die notwendige Konsequenz. Sie verlässt damit ebenfalls den abstrakten Zahlenraum und wird zu einer Forderung mit realem, nachvollziehbarem Nutzen.

Öffentliche und private Armut sind ohnehin nicht voneinander zu trennen. Denn die Bekämpfung von Armut muss sowohl auf der individuellen wie auch der strukturellen Ebene stattfinden. Armut ist mehr als der Mangel an Geld und kann durch mehr Geld allein nicht beseitigt werden.

Konsequente Armutsbekämpfung bedeutet einerseits eine Verbesserung des persönlichen Einkommens. So ist der Hilfesatz für Kinder in Sozialhilfe u. E. verfassungswidrig, der für Erwachsene auch zu niedrig. Durch einen gesetzlichen Mindestlohn wird nicht nur die Würde der Arbeit wieder hergestellt, sondern auch verhindert, dass höhere Hilfesätze nur zu mehr Aufstockern führen, die zusätzlich zum Lohn Leistungen zum Lebensunterhalt beziehen müssen. Auch Leiharbeit und Minijobs müssen neu geregelt werden, damit Menschen nicht arm trotz Arbeit sind.

Wichtigste Voraussetzung, um sein Leben selbst ohne Armut regeln zu können, ist eine Ausbildung. Die hessische SPD will deshalb eine Ausbildungsgarantie einführen, die jedem und jeder unter 35 alle Hilfen bietet, die nötig sind, um zu einem berufsqualifizierenden Abschluss zu gelangen.

Armut im Alter ist unerträglich, weil sie am wenigsten durch eigene Anstrengung überwunden werden kann. Durch Mindestlohn, eine angemessene Mindestrente und die konsequente Umsetzung des Modells Bürgersozialversicherung kann Altersarmut erfolgreich bekämpft werden.

Auch öffentliche Armut macht Individuen arm oder nimmt Chancen, sich selbst zu helfen. Schulen, die allen Kindern unabhängig vom Einkommen der Eltern gleiche Chancen geben, müssen als Ganztagschulen längeres gemeinsames Lernen anbieten, Schulsozialarbeit integrieren und in der Lage sein, auf jedes Kind individuell einzugehen. Chancengleichheit beginnt schon in gut ausgestatteten Kindertagesstätten, die optimale Förderung bieten. Zugleich geben sie der Hauptarmutsrisikogruppe der alleinerziehenden Frauen Möglichkeiten, zurück in Arbeit zu finden.

Die soziale Infrastruktur wie sozialer Wohnungsbau, Schuldnerberatung, Obdachlosenhilfe, Sucht- und Drogenberatung, Gemeinwesenprojekte, Frauenhäuser und Altenhilfe, konsequente medizinische Prävention, die Soziale Stadt usw. nützen allen, aber vor allem armen Menschen. Sie bietet die Unterstützungen, die neben mehr Geld erforderlich sind, um aus sozialer Exklusion, Vereinsamung und dem Gefühl der Hilf- und Nutzlosigkeit herauszufinden. Sie sind deshalb auch genauso wichtig.

Auf der Grundlage der Ergebnisse der sozialpolitischen Kommission für Hessen der Friedrich-Ebert-Stiftung werden wir gemeinsam mit Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Sozialpartnern und Betroffenenvertretungen ein neues soziales Netz für Hessen stricken. Wir werden dazu ein Sozialbudget einrichten.

Dazu ist umFAIRteilen dringend erforderlich. Durch eine höhere Spitzenbesteuerung und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer werden gerechtere Chancen für alle geschaffen. Durch konsequente Verfolgung von Steuerhinterziehung und „-Gestaltung“ können zusätzlich 30 bis 160 Milliarden Euro jährlich eingenommen werden.

Es ist an der Zeit für mehr Gerechtigkeit, denn Gerechtigkeit macht uns alle stärker.

